

Konsequenz dann auch diesen hier vorliegenden Antrag. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Wir kommen zum Schluss der Aussprache und gehen zur Abstimmung über.

Die antragstellenden Fraktionen von SPD und FDP haben direkte Abstimmung beantragt. Wir stimmen also über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/9464 – Neudruck – ab. Ich frage: Wer stimmt dem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Keine Gegenstimmen. Wer Enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/9464 – Neudruck – einstimmig angenommen.**

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Ich rufe auf:

7 Zukunftsweisend, lebensnah und innovativ: Erlernen von Wirtschafts- und Finanzkompetenz in der Schule neu ausrichten

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/9471

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der FDP Frau Müller-Rech das Wort.

Franziska Müller-Rech^{*)} (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit einem Zitat beginnen:

„Ich bin fast 18 und hab keine Ahnung von Steuern, Miete oder Versicherungen, aber ich kann 'ne Gedichtsanalyse schreiben. In 4 Sprachen.“

Das war eine kleine Zeitreise in das Jahr 2015. Damals hatte das die junge Kölnerin Naina getweetet. Wir haben uns das sehr zu Herzen genommen, und wenige Jahre später ging dann auch in NRW das Schulfach „Wirtschaft“ an den Start, denn wir wollten genau das ändern.

Es war und ist unser Ziel, jungen Menschen eine Ahnung nicht nur von Gedichtsanalysen, sondern auch zu Steuern, Miete oder Versicherungen zu verschaffen. Vor allem wollen wir aber Verbraucherbildung vermitteln.

Wir Freie Demokraten haben dafür gesorgt, dass Schülerinnen und Schüler die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Gesellschaft verantwortungsbewusst mitgestalten können.

Das soll aber nicht nur in den Sozialwissenschaften in der Oberstufe geschehen – das haben wir völlig unberührt gelassen –, sondern wir haben dafür gesorgt, dass das alle Schülerinnen und Schüler an allen Schulformen bis zur zehnten Klasse mitbekommen, damit das nicht allein ein gymnasiales Privileg in der Oberstufe ist, und das war ein überfälliger und richtiger Schritt.

(Beifall von der FDP)

Das war übrigens auch ein richtiger Schritt in Sachen Chancengerechtigkeit, weil wir dadurch das fehlende Wissen insbesondere in den Elternhäusern ausgleichen, die über dieses Wissen selbst nicht verfügen.

Beim Schulfach „Wirtschaft“ haben wir zwei Regierungsfaktionen, die dazu nicht unterschiedlicher aufgestellt sein könnten. Die CDU hat dieses Schulfach zusammen mit uns eingeführt – ich kann mich noch an die Koalitionsgespräche damals erinnern –; es hatte keine zehn Sekunden gedauert. Die Grünen haben dieses Fach allerdings bis aufs Blut bekämpft, und sie haben sich sogar trotz besseren Wissens an der damaligen Desinformationskampagne „#sowibleibt!“ beteiligt. Ich möchte noch einmal betonen, dass es das Fach „Sowi“ nur in der Oberstufe gibt, und das haben wir völlig unberührt gelassen.

(Zuruf von Dilek Engin [SPD])

Wir schauen aber nach vorne. Ein wirtschaftliches Wissen ist unabdingbar. Deshalb fordern wir heute von Schwarz-Grün ein klares Bekenntnis zur Zukunft des Schulfachs „Wirtschaft“ ein. Dabei ist die goldene Frage, wer sich durchsetzt. Ist es die CDU, oder sind es die Grünen?

Ich nenne Ihnen zwei greifbare Reaktionen als Beispiel dafür, warum das Fach so wichtig ist.

Zuerst möchte ich mit Ihnen über das Wissen über Kapitalmärkte anhand der Aktienrente sprechen. Gerade von linker Seite hören wir dazu immer wieder einmal sich widersprechende Argumente. Erstens: Kapitalmärkte seien nur etwas für Reiche; die würden sich die Taschen vollmachen. Das sei alles Turbokapitalismus. Zweitens: Aktienrendite, um Gottes willen! Christian Lindner verzoockt unser Geld an den Kapitalmärkten. Das Verlustrisiko sei viel zu hoch, das alles gehe gar nicht.

Widersprüchlicher könnte das nicht sein. Darüber hinaus ist beides auch noch falsch. Ich möchte gerne dafür sorgen, dass junge Leute ein fundiertes Wissen beispielsweise über Kapitalmärkte erhalten, damit sie sich ihr eigenes Bild machen können und nicht auf so einen linken Unsinn hereinfliegen.

(Beifall von der FDP)

Des Weiteren möchte ich über das Gründungsklima sprechen. Ich habe einen weiteren Vorwurf an uns als FDP von linker Seite zum Schulfach „Wirtschaft“ mehrfach gehört: Warum habt ihr „Gründertum“ in die

Lehrpläne aufgenommen? Die meisten Schülerinnen und Schüler werden nach der Schule Angestellte oder Beamte und brauchen das gar nicht.

Jedes Mal, wenn ich das höre, werden mir die Knie weich, weil es genau darum geht; genau das wollen wir ändern. Wir wollen doch, dass sich mehr junge Menschen trauen, ins Risiko zu gehen und ein Unternehmen zu gründen. Denn auch künftig werden wir es brauchen, dass Leute ins Risiko gehen, etwas erschaffen, etwas gründen und für Arbeitsplätze sorgen, wenn wir Wirtschaftswachstum wollen. Der Wohlstand wird nicht kostenfrei an die Haustür geliefert, sondern wir müssen uns diesen Wohlstand selbst erarbeiten.

Sie sehen also, warum wir diesen Antrag heute stellen.

Erstens. Wir wollen dort ansetzen und weitermachen. Dabei wollen wir vor allem, dass das Schulfach „Wirtschaft“ nach dem Vorbild der beruflichen Gymnasien flächendeckend als Abiturfach und Leistungskurs in der Oberstufe angeboten werden kann.

Zweitens. Wir wollen, dass die ökonomische Bildung einen höheren Stellenwert in der Lehrerfortbildung erhält.

Drittens. Wir wollen das Gründertum weiter stärken, indem wir Kooperationen mit Start-ups oder anderen Unternehmen und eine Stärkung von Schülerfirmen vorantreiben. Das sind drei Beispiele aus unserem Antrag.

Bayern ist übrigens – das ist besonders schmerzhaft – bei dem zuletzt genannten Thema weiter als wir, denn in Bayern fördert der CSU-Ministerpräsident zum Beispiel die Initiative „STARTUP TEENS“. Ich finde, wir sollten Bayern hier in nichts nachstehen.

Es sind keine überzogenen Forderungen, die ich anbringe, und ich möchte schon einmal präventiv sagen: Zeigen Sie bitte nicht mit dem Finger nach Berlin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Denn sonst zeigen drei Finger heute besonders auf Sie zurück, weil eine Finanzbildungsstrategie des BMF und des BMBF bereits vorliegt. Sie müssten sich also nur noch anschließen, und von daher ist gar nicht so schrecklich viel zu tun.

Deswegen frage ich: Bekommen wir das zusammen hin? Ich würde mich darüber und vor allem auch darüber, mit Ihnen weiter zu diskutieren, sehr freuen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der CDU spricht nun der Abgeordnetenkollege Herr Grunwald.

Jonathan Grunwald (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „It's the economy, stupid.“ Wir wissen nicht erst seit dem Wahlkampf von Bill Clinton, wie wichtig ökonomische Bildung gerade für junge Menschen auf ihrem Weg in ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben ist. Dabei geht es mir aber weit weniger um die Anleitung zum Ausfüllen einer Steuererklärung oder um Anlageempfehlungen für ETFs oder Anleihen, denn in Zeiten von YouTube und TikTok erschließen sich junge Menschen das auch ohne Unterstützung einer Lehrkraft.

Mir geht es um etwas Grundsätzliches. Der ökonomische und gesellschaftliche Aufstieg der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg fußt auf den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Freiheit und Verantwortung, Subsidiarität und Solidarität waren und sind die elementaren Grundsätze, die unser Land zu dem geformt haben, auf das wir heute zu Recht stolz sind.

Die soziale Marktwirtschaft ist weit mehr als eine Wirtschaftsordnung, sie ist auch die zentrale Gesellschaftsordnung unseres Landes. In einer sich immer schneller wandelnden Welt, in der Weltanschauungen und Werte in einem Systemwettbewerb stehen, müssen Errungenschaften aber immer wieder neu erklärt und verteidigt werden.

Wenn wir jungen Menschen das Grundprinzip des Förderns und Forderns näherbringen wollen, wenn wir junge Menschen für die Übernahme von Eigenverantwortung oder für die Gründung eines Unternehmens motivieren wollen, dann brauchen wir mehr soziale Marktwirtschaft in den Unternehmen, in den Zeitungen, in den TV-Debatten, in der Politik und auch im Schulunterricht.

Deshalb, liebe Kollegen der FDP, freue ich mich, dass Sie sich offenbar so gerne an die gemeinsame Regierungszeit erinnern

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

und den Erfolg des Schulfaches „Wirtschaft“ bzw. „Wirtschaftspolitik“ mit Ihrem Antrag noch einmal unterstreichen. Durch die schrittweise Einführung in den verschiedenen Schulformen ist es uns gelungen, die ökonomische und wirtschaftspolitische Bildung an unseren Schulen zu stärken. Das war richtig, und daran halten wir fest. Wenn wir jedoch über die Stärkung ökonomischer Bildung im Unterricht sprechen, müssen wir die Debatte ehrlich führen.

Liebe Kollegen der FDP, Sie verweisen in Ihrem Antrag darauf, dass Wirtschaft häufig fachfremd unterrichtet wird. Die wesentliche Ursache dafür müsste Ihnen jedoch bekannt sein. Infolge der Einführung des neuen Schulfaches wurde das Lehramtsfach Wirtschaft-Politik erst im Studienjahr 2021/22 umgestellt, sodass wir ab 2026 mit den ersten Absolventen rechnen können, die in ihrem Studium wirtschafts-

didaktische Kenntnisse erworben haben. Der Anteil des fachfremden Unterrichts wird infolgedessen in den kommenden Jahren konsequenterweise stetig abnehmen.

Gleichwohl teile ich Ihre Politik, in der Lehrerfortbildung ökonomische Bildung stärker abzubilden. Ich bin daher unserer Schulministerin Dorothee Feller ausgesprochen dankbar, dass sie den Mut und die Kraft aufbringt, die über Jahrzehnte in Nordrhein-Westfalen entstandene unübersichtliche Fortbildungslandschaft systematisch mit dem Sechspunkte-Plan anzupacken und mehr Verbindlichkeit und mehr Steuerung zu implementieren.

(Beifall von der CDU)

Geschätzte Kollegin Müller-Rech, Ihren Vorstoß bezüglich eines Abiturfachs Wirtschaft kann ich nur bedingt nachvollziehen, wo doch eine Abiturprüfung mit wirtschaftlichen Bestandteilen bereits heute möglich ist. Das Fach Sozialwissenschaften mit dem Teilbereich Wirtschaftswissenschaften kann sogar als Leistungskurs belegt werden. In den Vorgaben für das Zentralabitur 2024 findet sich in den Grund- und Leistungskursen das Prüfungsfeld Wirtschaft/Politik. Bei einer besonders ausgeprägten Wirtschaftsaffinität können Schüler ihr Abitur zudem an Wirtschaftsgymnasien in Nordrhein-Westfalen ablegen und den Anteil an ökonomischen Themen in ihrem Abitur deutlich erhöhen.

Ob „Startup Zukunft!“, JUNIOR Schülerfirmen oder die Schülergenossenschaften – wir haben in Nordrhein-Westfalen bereits zahlreiche praxisorientierte Projekte im Bereich der ökonomischen Bildung an Schulen. Doch es wird nicht reichen, dass wir uns hier in Düsseldorf tolle Projekte ausdenken. Entscheidend ist die Überführung dieser Projekte in die schulische Praxis.

Wie dies gelingen kann, zeigt meine ehemalige Schule, das Siebengebirgsgymnasium in Bad Honnef eindrucksvoll. Allein in den letzten Jahren haben die Schüler aus Bad Honnef den bundesweiten Wettbewerb „Business@School“ dreimal gewonnen, einmal den zweiten Platz belegt. Ein Zusammenspiel aus engagierten Lehrern und einer bereits bestehenden Initiative – damit ist die ökonomische Bildung am Siebengebirgsgymnasium bereits heute absolut spitze.

Wir müssen also das Rad nicht neu erfinden. Lassen Sie uns vielmehr unsere Kanäle als Abgeordnete viel stärker nutzen, um die bestehenden Angebote noch stärker an unsere Schulen zu bringen, um für mehr ökonomische Bildung zu sensibilisieren. Hier befindet sich der Hebel für eine echte Stärkung der Wirtschaftskompetenz unserer Schülerinnen und Schüler.

Einer weiteren Professionalisierung der ökonomischen Bildung an unseren Schulen stehen wir aufge-

schlossen gegenüber und freuen uns daher auf die Beratungen im Ausschuss. Vielleicht finden wir auch Zeit, das Ganze im Rahmen eines Expertengesprächs weiter zu vertiefen. – In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Für die Fraktion der SPD hat nun der Abgeordnetenkollege Frank Müller das Wort.

Frank Müller (SPD): Guten Tag. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte vielleicht ganz kurz mit einem Stereotyp über Linke und Kapital aufräumen. Hier steht ein Sozialdemokrat vor Ihnen, der bei der Deutschen Bank seine Ausbildung gemacht und auch noch ein bisschen gearbeitet hat. Wir stehen mit dem Kapital nicht auf Kriegsfuß, aber das Kapital soll den Menschen dienen, es soll im positivsten Sinne dafür sorgen, dass Innovation ermöglicht wird und dass die Shareholder etwas davon haben. Es soll aber nicht der Spekulation und der Bereicherung von Menschen dienen. Insofern möchte ich mit diesem Vorurteil aufräumen.

(Beifall von der SPD)

Kollege Grunwald, ich finde das jetzt gefährlich, TikTok und Co. die Finanzbildung unserer Schülerinnen und Schüler zu überlassen. Ich hoffe, ich habe Sie da jetzt bewusst missverstanden. Ich glaube, das ist ein bisschen gefährlich, das sollten wir durchaus in den Formaten tun, die wir kennen.

Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir. Insofern vielen Dank für diesen Antrag. Deswegen ist es auch gut, dass wir über ökonomische Bildung reden, dass wir über mehr Autonomie für junge Menschen reden, über Entscheidungskompetenzen in finanziellen Fragen; das ist wichtig. Immer mehr junge Menschen starten in ihr junges Leben mit Schulden – über unachtsam geschlossene Mobilfunkverträge oder verlockende Nullzinsangebote in diversen Elektronikmärkten. Meine Mutter hat immer wunderbar einfach gesagt: Niemand hat etwas zu verschenken. Das ist eine Weisheit, die auch heute noch gilt. Es ist klug, wenn auch junge Menschen Alltagskompetenzen erlernen. Insofern ist das ein richtiger Ansatz, und Schule ist ein guter Ort dafür.

Ich fürchte nur, dass die geschätzten Kolleginnen und Kollegen der Liberalen zumindest den falschen Schluss aus der Erkenntnis ziehen und am Ende mit dem Fähnchen winken und sagen: Lass uns doch einmal am Thema Wirtschaftsunterricht ansetzen, und dann machen wir da auch noch ein Abiturfach. Damit macht man sich es etwas zu einfach.

Unsere Gesellschaft steht ja aktuell vor großen Herausforderungen. Das ist eine, die Sie gerade richtig beschreiben. Aber es ist dann doch sehr einfach, am

Ende jeder dieser Herausforderungen mit einem Schulfach und einem Abiturfach zu antworten, insbesondere wenn man am Ende nicht sagt, was dann vielleicht weg soll. Auch das ist ja immer ein Thema, das wir haben. Immer wieder, wenn eine gesellschaftliche Herausforderung auf uns zukommt, sagen wir: Das muss jetzt die Schule erledigen. Dann legen wir das noch obendrauf, und Lehrerinnen und Lehrer, aber auch Schülerinnen und Schüler sagen zu Recht: Wir können das aber nicht alleine bewältigen.

Das zeigt einmal mehr: So wie wir Schule heute organisieren, wie wir Unterricht und Lehrpläne organisieren, kommen wir ein Stück weit an unsere Grenzen. Es wäre klug, wenn sich Schule diesen Herausforderungen stellt und das in unserer aktuellen Zeit nicht alleine tut, wenn sie lebensnäher und praxisnäher sein möchte, sondern sich auch außerschulischen Lernpartnerinnen und Lernpartnern öffnet.

Dass wir aber auch ein solches Verständnis von Unterricht überwinden müssen, haben wir hier im Parlament, aber auch im Ausschuss schon oft gesagt, indem wir Unterricht kompetenzorientiert weiterentwickeln und die Lernpläne entschlacken. Die Finnen schaffen es ja auch, mit deutlich weniger Lehrplänen auszukommen und ihren Lehrplan alle zehn Jahre zu bearbeiten, und zwar immer mit Blick auf die Zukunft: Welche Herausforderungen warten in der Zukunft auf uns? Das ist ein Versuch, ein Stück weit in die Glas-
kugel zu schauen.

Das sollten wir dann natürlich nicht sehr einseitig tun. Wir begrüßen natürlich gerne Wirtschaftsverbände und Börsenvertreterinnen und -vertreter an Schulen, aber dann bitte auch die Verbraucherzentralen und die Schuldnerinnen- und Schuldnerhilfen in unserem Land – das finde ich ganz wichtig – und auch ganz viele Organisationen, die durchaus auch einen kritischen Blick haben. Das sollte dann bitte nicht versäult, sondern alltagsintegriert und lebensnah geschehen. Das kann man in diversen Schulfächern verankern. Dann hätten Sie uns an der Seite; da springen Sie aber aus meiner Sicht ein bisschen zu kurz.

Insofern sagen wir: Ja, natürlich mehr ökonomische Bildung, aber bitte keinen bekenntnisorientierten Wirtschaftsunterricht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der Ansatz ist gut, er greift zu kurz, die Überschrift hat uns Hoffnung gegeben: zukunftsweisend, lebensnah, innovativ. Bei genauem Hinsehen ist das im Antrag manchmal ein bisschen wie alter Wein in neuen Schläuchen, insbesondere wenn man sich ein Stück weit kritisch mit dem gesamten Thema Wirtschaft auseinandersetzen will.

Daher wollen wir gemeinsam versuchen, die Bereitschaft zu entwickeln, Schule insgesamt zu verändern, grundlegend unser Verständnis von Unterricht zu verändern. Was sind die Herausforderungen, die

auch in Schule ihren Platz haben müssen? Mit wem können wir das tun?

Bitte lassen Sie uns dabei nicht an einzelnen Stellenschrauben drehen. Ich habe mir noch aufgeschrieben: Die Schulministerin bzw. der vertretende Minister wird gleich sagen, dass Sie weder das eine noch das andere als Landesregierung tun werden. Das finde ich bei einem solchen Antrag sehr schade, dass am Ende die Landesregierung sagt, sie mache das alles schon total super. Wir haben das ja schon ein bisschen von dem Kollegen Grunwald gespoilert bekommen: wahlweise kleines Karo oder Pepita, was wir gleich erwarten können.

Ziel jedes bildungspolitischen Handelns – Frau Präsidentin, ich komme zum Ende – muss sein: Wir wollen selbstbestimmte Subjekte statt Objekte. Deshalb ist es wichtig, dass wir das im Ausschuss miteinander intensiv beraten und uns darüber austauschen können. Der Antrag ist es wert. Ich meine, deutlich gemacht zu haben, dass wir zumindest in dem Bereich ein paar andere Schwerpunkte legen und doch die Hoffnung haben, Unterricht und Schule grundlegend zu verändern, statt jede Herausforderung mit einem neuen Fach zu beantworten. – Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen, und Glück auf!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun die Abgeordnete Kollegin Zingsheim-Zobel.

Lena Zingsheim-Zobel (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist unbestreitbar, dass ein grundlegendes Verständnis wirtschaftlicher Zusammenhänge wesentlich ist, um kompetente Entscheidungen im Alltag und im Berufsleben zu treffen. So far, so good.

Dennoch ist der vorliegende Antrag der FDP zu eindimensional und vernachlässigt wesentliche Aspekte, die für eine umfassende Bildung und für eine nachhaltige Entwicklung in Zukunft notwendig sind.

Was müssen wir Schüler*innen an die Hand geben, um die Herausforderungen zu bewältigen, mit denen sie tagtäglich konfrontiert sind? Um ein Leben in diesen herausfordernden Zeiten zu bestreiten, braucht es doch viel mehr als eine einseitige ökonomische Bildung. Der Antrag stellt die finanzielle Bildung so isoliert dar, als ob sie getrennt von anderen gesellschaftlichen, politischen und ökologischen Themen existieren würde.

Liebe FDP, Sie sagen, junge Menschen möchten mit Kompetenzen ausgestattet werden, um ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen. Aber die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen besteht doch nicht nur aus Aktienhandel und Wohnbaukrediten. Die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen wird von

Folgen des Klimawandels geprägt sein, mit sozialen und ökologischen Folgen. Ja, auch ökonomische Bildung gehört dazu, um Schüler*innen auf diese Zukunft vorzubereiten, aber eben nicht nur.

Ökonomische Bildung sollte nicht ausschließlich als Vorbereitung auf ein erfolgreiches Agieren im marktwirtschaftlichen System betrachtet werden. Vielmehr muss sie in einem umfassenden Kontext gesehen werden, sie muss in einem nachhaltigen Kontext gesehen werden. Bildung für nachhaltige Entwicklung vermittelt nicht nur wirtschaftliche Kompetenzen, sondern verknüpft diese mit ökologischen, sozialen und politischen Fragen. Ein ganzheitlicher Bildungsansatz befähigt die Lernenden, komplexe Probleme zu erkennen und interdisziplinäre Lösungen zu entwickeln.

Aus diesem Grund haben wir gemeinsam mit der CDU einen Antrag zur Weiterentwicklung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in Nordrhein-Westfalens Schulen gestellt. Unser Antrag zielt darauf ab, das Bewusstsein für eine sozial gerechte, wirtschaftlich erfolgreiche und ökologisch verträgliche Gesellschaft zu stärken, ganzheitlich. BNE, so die Kurzfassung, soll dabei als Querschnittsaufgabe fächer- und jahrgangübergreifend integriert werden.

Wir streben an, dass Schüler*innen sich zu eigenverantwortlichen und kritischen Mitgliedern unserer Gesellschaft entwickeln können, die nachhaltiges Handeln als selbstverständlich betrachten und die Herausforderungen der Zukunft mit einem umfassenden und nachhaltigem Bildungsansatz angehen können.

Außerdem muss die Förderung von kritischem Denken und reflektierter Teilhabe mitgedacht werden. Es ist ein großes Problem, dass durch die Einführung des Faches Wirtschaft in den Klassen 5 bis 10 die Sozialwissenschaften unter Umständen zurückstücken müssten.

Die Forderung der FDP nach einer stärkeren ökonomischen Bildung ist zwar in der Absicht richtig, jedoch in ihrer Ausgestaltung zu kurz. Eine umfassende Bildung, die wirtschaftliche, ökologische, politische und soziale Aspekte integriert, ist notwendig, um Schüler*innen auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir sollten uns daher nicht nur auf eine einseitige ökonomische Bildung beschränken, sondern einen ganzheitlichen Bildungsansatz verfolgen, der die Schüler*innen zu verantwortungsbewussten und reflektierenden Bürger*innen macht, um somit bestmöglich auf ihre Zukunft und auf die Herausforderungen unserer Zeit vorbereitet zu sein. Gern führen wir diese Diskussion im Ausschuss fort. Wir stimmen der Überweisung daher zu.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der AfD spricht nun der Abgeordnete Dr. Blex.

Dr. Christian Blex (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn es nach Frau Zingsheim-Zobel von den Grünen geht, ist das alles ganzheitlich, ganzheitlich in die Armut. Wenn Herr Frank Müller eben von der SPD behauptet, niemand würde etwas verschenken – doch, das tun Sie, jeden Tag verschenken Sie unseren Rest Wohlstand an immer mehr Armutseinwanderer. Jeden Tag.

(Widerspruch von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn wir uns jetzt die Wirtschaftssachen anschauen ... – Jetzt fangen Sie auch noch zusätzlich an. Getroffene Hunde bellen, so ist das.

(Zuruf: Wer im Glashaus sitzt! – Weitere Zurufe von der SPD)

Zitat: „Wir sind ökonomisch gesprochen auf dem Weg zum Entwicklungsland.“ – Theodor Weimer, Chef der Deutschen Börse.

Zitat: „BASF macht Schluss mit Ampel-Politik. Nur weg aus Deutschland.“ – Merkur vom 22.05.2024.

Zitat: „Miele baut Waschmaschinen künftig in Polen und streicht weltweit 2.000 Stellen.“ – Welt, 07.02.2024.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Reden Sie zur Sache! – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Zitat: „Standort Deutschland. Mittelstands-Chef warnt vor ‚trampelnder Deindustrialisierung‘.“ – HNA, 06.06.2024.

(Christian Dahm [SPD]: Frau Präsidentin, der Abgeordnete soll zur Sache sprechen! – Weitere Zurufe)

Zielstrebig und erfolgreich zerstören CDU und Grüne hier im Land und die ...

(Zurufe)

– Schön, wie Sie sich jetzt aufregen.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Herr Abgeordneter Dr. Blex, ich habe erst gedacht, Sie würden schon zum Inhalt des Antrages, und zwar zur Schulpolitik, sprechen. Denn es sind ja auch schulpolitische Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker, die jetzt sprechen. Das hat sich bislang nicht dahin gehend entwickelt. Daher möchte ich Sie daran erinnern, dass es sich gerade um Schulpolitik und um ein ganz konkretes Thema dabei handelt und Sie jetzt die Möglichkeit haben, wirklich fachpolitisch zu dem Antrag zu sprechen. Bitte schön.

Dr. Christian Blex (AfD): Gerne; es geht hier nämlich um Wirtschaft. Die Situation der Wirtschaft ist sicher auch Bestandteil unserer Schulbildung

(Zurufe von Frank Müller [SPD] und Norwich Rüße [GRÜNE])

und ein Ergebnis der vergrüneten Politik an unseren Schulen. Selbstverständlich gehört das zusammen, denn während CDU und die Grünen hier im Land und die chaotische Ampel im Bund mit ihrer ökoideologischen Energiepolitik die Industrie und die Wirtschaft zerstören und Herr Lindner bei der Abschaffung der deutschen Wirtschaftskraft auf Bundesebene nur allzu bereitwillig mitmacht, gehen Sie hier auf Landesebene ...

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Herr Dr. Blex, ich habe Sie eben darauf hingewiesen,

(Dr. Christian Blex [AfD]: Ich wollte es doch sagen!)

dass es zur Debattenkultur in diesem Haus und zu den Regeln gehört, dass jeweils tatsächlich zum Inhalt des Antrages gesprochen wird.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Das wollte ich doch!)

– Es ist gut, dass Sie es wollen. Sie sollen es ja auch. Daher sprechen Sie jetzt bitte zu dem vorliegenden Inhalt und nicht zu der allgemeinen Lage des Landes und schon gar nicht zu bundespolitischen Zuständigkeiten, sondern ganz konkret zum Antrag. Ich erinnere noch einmal:

(Dr. Christian Blex [AfD]: Ich hätte das jetzt gesagt!)

Es handelt sich um den Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/9471 „Zukunftsweisend, lebensnah und innovativ. Erlernen von Wirtschafts- und Finanzkompetenz in der Schule neu ausrichten“. Sie haben die Möglichkeit, als Fachpolitiker jetzt zur Schule zu sprechen. Bitte schön.

Dr. Christian Blex (AfD): Ich freue mich über die Anmerkungen; das wird vielen Zuschauern auf YouTube helfen, diese Rede einzuordnen. Vielen Dank dafür.

Während Sie also die Wirtschaft zerstören, geht ausgerechnet die FDP jetzt hin

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

und stellt einen Antrag zur Neuausrichtung der Wirtschaftskompetenz in Schulen. Während Sie unsere Wirtschaft vernichten, beklagen Sie in Ihrem Antrag, dass unsere Schüler pessimistisch in die Zukunft blicken würden. Sie würden nicht ausreichend mit wichtigen Kompetenzen ausgestattet, um sich mit komplexen Zusammenhängen in Wirtschaft, Politik und Arbeitswelt zurechtfinden zu können.

Das sieht man bei vielen hier im Parlament, und das mag auch teilweise so sein, insbesondere, da wir dank Ihrer aller Politik immer mehr Armutseinwandererkinder an den Schulen haben, die nicht einmal lateinische Schriftzeichen lesen können. Dann wird es natürlich schwierig mit der Wirtschaftskompetenz.

(Widerspruch von den GRÜNEN)

Doch immer mehr Jugendliche durchschauen gerade die fatale Politik der Ampel. Sie begreifen die schiere Sinnlosigkeit eines beruflichen wirtschaftlichen Engagements, wenn von den Elfenbeinturmwohnern der linksgrünen woken Politik ununterbrochen ausschließlich selbstzerstörerische und schlicht bössartige Entscheidungen getroffen werden.

(Dr. Gregor Kaiser [GRÜNE]: Schlimm!)

Wirtschaftliche Schiefstände, Misserfolge und fehlende Initiative in der Bevölkerung jetzt auf unsere, Ihrem Antrag nach nicht ausreichend wirtschaftlich gebildeten Schüler abschieben zu wollen, ist schlicht absurd. Natürlich sieht dann die deutsche Jugend nicht mehr schwarz, sondern blau. Natürlich erleben wir dann solche mutmachenden und richtungsweisenden Wahlergebnisse wie vergangenen Sonntag.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

In Ihrem Antrag begrüßen und fordern Sie – tatsächlich die FDP –, die Überwindung von Geschlechterrollen, die ökonomische Gleichstellung sowie Ansätze für das Verständnis der Kapitalmärkte und der Wege von langfristiger Vermögensbildung zu vermitteln. Da frage ich mich: Welches Vermögen, welches Kapital? In Nordrhein-Westfalen liegt die Schulabbrecherquote bei sage und schreibe 5,9 %.

Wir erleben Schulen mit 90 % Migrantanteil und teilweise ausschließlich sozioökonomischen Randbereichen. Die AfD ist zwar mitnichten eine Partei, die Wirtschaftsfragen mit Desinteresse begegnet,

(Widerspruch von Dr. Gregor Kaiser [GRÜNE] – Zurufe von der SPD)

aber wollen Sie nicht von Ihrem hohen Ross ein bisschen heruntersteigen, statt hier zu pöbeln, und sich mit realistischen Themen an unseren Schulen befassen?

(Dilek Engin [SPD]: Wir sprechen die Wahrheit aus!)

Ihr Forderungsteil klingt so, als sei er ausschließlich auf die Schüler von Luxusprivatschulen gemünzt, auf die gerade auch manche Grüne gerne ihren Nachwuchs schicken, um nicht zu sehr mit den Armutseinwandererkindern in Kontakt zu kommen.

(Zurufe)

Ein Viertel der Schüler kann nicht mehr adäquat lesen und schreiben. Gewalt, Islamismus und Scharia-

polizei prägen den Alltag vieler Schulen in Nordrhein-Westfalen.

(Dilek Engin [SPD]: Immer wieder das Gleiche! – Martin Metz [GRÜNE]: Sie kennen die Realität doch überhaupt nicht!)

Fokussieren Sie sich, statt hier herumzupöbeln, also auf die ernsthaften Probleme in unserem Land, die Sie doch erst geschaffen haben!

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Gerade die jetzt pöbelnden Grünen haben sie geschaffen. Statt Pseudoanträge zu Wirtschaftskompetenz in Schulen ...

(Martin Metz [GRÜNE]: Sie haben keine Ahnung von der Realität in diesem Land!)

– Jetzt werden Sie noch laut und schreien einfach so rum.

(Kirsten Stich [SPD]: Das sagt der Richtige! – Zurufe)

Ich bin entsetzt. Statt Pseudoanträge zur Wirtschaftskompetenz in Schulen zu stellen, hören Sie einfach auf, die Klimagötzen anzubeten und immer mehr bildungsferne Armutseinwanderer ins Land zu holen. – Danke schön.

(Beifall von der AfD – Norwich Rüße [GRÜNE]: Wann reden Sie denn zum Thema? – Kirsten Stich [SPD]: Das kann der nicht! – Norwich Rüße [GRÜNE]: Nicht ein Satz zum Thema! – Franziska Müller-Rech [FDP]: Aber dann über die Debattenkultur reden! – Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Für die Landesregierung spricht nun Minister Limbach in Vertretung für Ministerin Feller.

Dr. Benjamin Limbach, Minister der Justiz: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Wer mit Scheuklappen denkt, kann auch das Thema nicht treffen, sondern nur verfehlen. Herr Abgeordneter Blex, das haben Sie bestens bewiesen.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Herr Abgeordneter Müller, es tut mir leid, dass ich Sie enttäuscht habe, dass nur ich da bin, aber ich kann Sie beruhigen: Die Landesregierung denkt kein kleines Karo, sondern was Sie hören werden, sind klare Linien in der Schulpolitik, auch wenn ich nur vertrete.

(Zuruf von Frank Müller [SPD] – Heiterkeit von der SPD)

Die ökonomische Bildung ist vor allen Dingen ein unverzichtbarer Bestandteil der schulischen Bildung, um junge Menschen darin zu befähigen, die

politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu reflektieren und sie selbstbestimmt und verantwortungsvoll mitzugestalten. In Zeiten von Wirtschaftskrisen und sich wandelnden Berufsbildern ist es umso wichtiger, der jungen Generation fundiertes Wissen über wirtschaftliche Zusammenhänge zu vermitteln.

In den vergangenen Jahren haben wir daher die ökonomische Bildung bereits umfassend und systematisch gestärkt. So haben wir an allen allgemeinen weiterführenden Schulformen im Pflichtbereich das Fach „Wirtschaft und Wirtschaftspolitik“ neu eingeführt bzw. neu konzipiert. Das aktuelle Fächerangebot in Nordrhein-Westfalen bietet nun alle Grundlagen, um unsere Schülerinnen und Schüler mit dem ökonomischen Wissen auszustatten, das sie für eine selbstbestimmte berufliche Zukunft benötigen. Das gilt uneingeschränkt für alle allgemeinbildenden Schulformen.

Das aktuelle Angebot beinhaltet auch die Möglichkeit, in der gymnasialen Oberstufe die Fächer „Sozialwissenschaften“ sowie „Sozialwissenschaften/Wirtschaft“ als Leistungskurs zu belegen. Dieses Integrationsfach bietet einen breit gefächerten Themenkanon mit dem Schwerpunkt Wirtschaft.

Um die Lehrkräfte zu unterstützen, halten die Bezirksregierungen eine Reihe von Fortbildungsangeboten zur ökonomischen Bildung bereit. Die Bezirksregierungen kümmern sich fortlaufend um die Ergänzung des Angebots und veranlassen Überarbeitungen und Neukonzeptionen, wenn dies aufgrund der Entwicklung in der Praxis erforderlich ist.

Das Lernmaterial, also zum Beispiel Schulbücher oder digitale Materialien, werden in der Regel von Verlagen und anderen zumeist privatwirtschaftlichen Akteuren entwickelt. Sie werden mit Blick auf die Lehrpläne und den Stand der Fachwissenschaften selbstverständlich ständig weiterentwickelt, damit sie auf der Höhe der Zeit sind.

In Nordrhein-Westfalen dürfen einschlägige Lernmittel darüber hinaus nur an Schulen eingeführt werden, wenn sie auf der Grundlage des Lernmittelzulassungsverfahrens zugelassen sind. Wir sind davon überzeugt, dass dieses Verfahren zeitgemäße und fachlich adäquate Lehr- und Lernmittel auch im Bereich der ökonomischen Bildung zur Verfügung stellt.

Praxisnahe Angebote sorgen zudem dafür, dass den Schülerinnen und Schülern alltagsnahe Aspekte der Finanzbildung und auch der Gründergedanke vermittelt werden. Dazu gehören unter anderem die vielfältigen Aktivitäten auf Grundlage von Kooperationen mit Trägern von Schülerfirmenprojekten.

Die Schülerfirmenarbeit steht im Kontext der Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“ und fördert unternehmerische Kreativität, Innovationsfähigkeit, Leistungsmotivation und Verantwortungs-

bereitschaft. Gleichzeitig wird auch die Berufswahlkompetenz gestärkt. Im Rahmen der Weiterentwicklung von „Kein Abschluss ohne Anschluss“ werden zudem die Themen „berufliche Selbstständigkeit“, „Startup“ und „Entrepreneurship“ verstärkt aufgegriffen.

Den Prozess des Aufbaus einer nationalen Finanzstrategie wird das Land Nordrhein-Westfalen weiter beobachten und gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt die Beteiligung an dem Projekt prüfen.

Sie sehen, meine Damen und Herren: Der Kern Ihrer Forderung wird ohnehin bereits umgesetzt. Wir werden nun gezielt an den genannten Prozessen weiterarbeiten, um die ökonomische und politische Mündigkeit als verbindliche Zielperspektive für alle Schülerinnen und Schüler weiter zu stärken. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank, Herr Minister. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit sind wir am Schluss der Aussprache und gehen über zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/9471 an den Ausschuss für Schule und Bildung. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ich frage: Wer stimmt der Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen der CDU, der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der AfD. Wer stimmt dagegen? – Keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Keine Enthaltung. Damit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen** worden.

Wir kommen zu:

8 Die Schacholympiade 2030 nach Nordrhein-Westfalen holen!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/9456

Die Fraktion der AfD hat mitgeteilt, dass der **Antrag zurückgenommen** wird. Ich verweise auf die Unterrichtung Drucksache 18/9577.

Somit kommen wir zu:

9 Jahresbericht der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderschutzkommission) für den Berichtszeitraum 2022–24

Vorlage 18/2553

Beschlussempfehlung
des Ausschusses
für Familie, Kinder und Jugend
Drucksache 18/9511

Zu Beginn erteile ich der Vorsitzenden der Kinderschutzkommission, Frau Abgeordnete Nina Andrieshen, das Wort.

Nina Andrieshen (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kinderschutzkommission ist ein ganz besonderer Ausschuss in diesem Hohen Haus. Denn bei aller Leidenschaft und teilweise auch Härte, die wir hier bei politischen Debatten an den Tag legen, war und ist diese Kommission seit ihrer Gründung geprägt von einer parteiübergreifenden Zusammenarbeit.

Es ist eine besondere Verantwortung, die wir als Abgeordnete in diesem Ausschuss tragen: die Interessen der Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen zu vertreten, ihre Rechte zu wahren und vor allen Dingen ihren Schutz zu gewährleisten.

Diesem politischen Ziel und dem moralischen Imperativ gerecht zu werden, ist der Anspruch, den wir als Abgeordnete versuchen gerecht zu werden, und zwar jenseits parteipolitischer Interessen und über fraktionelle Grenzen hinweg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kinderschutzkommission hat sich seit ihrer Konstituierung im Jahr 2022 mit folgenden Themen beschäftigt: Peer-to-Peer-Gewalt im digitalen Kontext, Cybergewalt und Cybermobbing, Gewalt an Kindern und Jugendlichen im Sport, Gewalt im kirchlichen Raum, Täterstrategien sowie Übergriffe auf Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen. Außerdem gab die Kommission ein Gutachten zum Thema „Kinderschutz im kommerziellen Raum“ in Auftrag, dessen Ergebnis wir für den Herbst 2025 erwarten. Hinter dieser etwas emotionslosen Auflistung von Terminen verbergen sich aber – so viel kann ich Ihnen versichern – Sitzungen zu Themen, die alles andere als emotionslos sind.

Ein wichtiges Themenfeld, mit dem wir uns in der Kinderschutzkommission beschäftigten, ist die Gewalt im kirchlichen Raum. In der Anhörung gingen wir zum einen der Frage nach, wie der Aufklärungsprozess bereits begangener Straftaten innerhalb des kirchlichen Raums gestaltet sein muss, um den Bedürfnissen der Betroffenen Rechnung zu tragen, und zum anderen, wie derartige Straftaten in Zukunft verhindert werden können.

Dabei wurde schnell klar, dass beides untrennbar miteinander verbunden ist. Wir brauchen einen effektiven Aufarbeitungsprozess, um auf Basis der daraus gewonnenen Erkenntnisse weiteres Leid zu verhindern.

Eine klar artikulierte Position der geladenen Sachverständigen war, dass dieser Aufarbeitungsprozess nicht einzig in der Verantwortung der Kirchen liegen darf. Es braucht einen Schulterschluss zwischen Staat, Politik und Gesellschaft sowie verbindliche und klar definierte Rahmenregelungen.